

Personalien

Gericht bestellt Aufsichtsrat

Der Jurist Titus Weinheimer führt den Aufsichtsrat des Stahlzulieferers SKW Metallurgie. Neben dem Anwalt, der für eine US-Kanzlei tätig ist, habe das Amtsgericht Traunstein den Chef von SMT Scharf, Friedrich Trautwein, und den Transaktionsspezialisten Wolfgang Ziegler berufen. Das Gericht sei damit der Empfehlung des SKW-Vorstands gefolgt, nachdem die Aktionäre des Unternehmens auf der Hauptversammlung dem bisherigen Aufsichtsrat die Wiederwahl verweigert hatten. Reuters

Hapag-Lloyd schrumpft

Die zum Verkauf stehende Tui-Tochter Hapag-Lloyd verkleinert ihren Vorstand. Ulrich Kranich, 58, bisher Finanzvorstand, betreut künftig das operative Schiffahrtsgeschäft. Den Job übernimmt er von Adolf Adriaen, 68, der Ende des Jahres in Rente geht. Das Finanzressort betreut Vorstandschef Michael Behrendt, 56, künftig nebenbei. Dabei assistiert ihm Roland Kirch als Generalbevollmächtigter Finanzen, schrieb Hapag-Lloyd am Mittwoch. Kranich behält seine Aufgabe als Arbeitsdirektor. henh

Google-Gründer auf dem Mond

Auf der Erde hat Sergey Brin den Zenit schon erreicht. Während seiner Promotion in Stanford hatte er Mitte der 90er mit seinem Kommilitonen Larry Page die Idee, eine Suchmaschine für das Internet zu entwickeln. 1998 ging das Unternehmen an den Start, 2004 an die Börse. Heute wird das Vermögen des 34-Jährigen auf fast 20 Milliarden Dollar geschätzt. Google führt in dem Bereich weltweit. Einen kleinen Teil des Erspartens steckt der gebürtige Russe nun in ein Welt-raumabenteuer. Fünf Millionen Dollar investiert Brin in das Unternehmen Space Adventures, meldet die New York Times. Im Jahr 2011 will die Firma einen Flug mit einer Sojuz-Rakete zur Raumstation ISS mieten. Mit an Bord auf einem von zwei freien Plätzen: Brin. Die Liebe zu den Sternen war ihm schon mehrmals anzumerken. So hat sein Unternehmen einen Preis in Höhe von 25 Millionen Dollar ausgeschrieben für die erste unbemannte Landung auf dem Mond. rdl



Sergey Brin

Foto: Action Press

Sojuz-Rakete zur Raumstation ISS mieten. Mit an Bord auf einem von zwei freien Plätzen: Brin. Die Liebe zu den Sternen war ihm schon mehrmals anzumerken. So hat sein Unternehmen einen Preis in Höhe von 25 Millionen Dollar ausgeschrieben für die erste unbemannte Landung auf dem Mond. rdl

Hoffnung für Sengera

Die Verteidiger des ehemaligen WestLB-Chefs Jürgen Sengera haben dafür plädiert, ihn als unschuldig im strafrechtlichen Sinne zu beurteilen. Auch der Vorwurf des pflichtwidrigen Verhaltens sei in vielen Punkten nicht zutreffend. Das Gericht hatte signalisiert, dass Sengera mit einem Freispruch rechnen kann. Das Urteil soll am 19. Juni fallen. dpa

Repower-Aufsichtsräte gehen

Ein weiterer Aufsichtsrat des Windradherstellers Repower ist zurückgetreten. Nun sind zwei der sechs Posten vakant. Bertrand Durrande, der Ex-Großaktionär Areva vertritt, geht Ende des Monats, schrieb Repower am Mittwoch. Vor wenigen Tagen war Suzlon-Energy-Chef André Horbach zurückgetreten. dpa

Ex-Bahn-Vorstand gestorben

Der frühere Bahn-Vorstand und SPD-Politiker Klaus Daubertshäuser ist tot. Er starb am Montag im Alter von 64 Jahren nach schwerer Krankheit im hessischen Wetzlar. Das bestätigte das Standesamt der Stadt am Mittwoch. Daubertshäuser war von 1994 bis Ende 2005 im Vorstand der Bahn. dpa

Wird Italien jetzt ein modernes Land? Berlusconi Minister für den öffentlichen Dienst treibt die Staatsangestellten zur Arbeit

Von Ulrike Sauer

Renato Brunetta fällt auf. Schon auf dem Gruppenbild am Tag der Vereidigung des vierten Kabinetts von Silvio Berlusconi sticht der Minister für öffentlichen Dienst und Innovation heraus, weil er als Einziger noch kleiner ist als der Premier mit 1,64 Meter.

Groß raus kommt der Ökonom aus Venedig derzeit mit Vorschlägen zur kompletten Umorganisation der ebenso schwerfälligen wie selbstherrlichen Bürokratie des Landes. Was Brunetta vortut, um den unbeliebten Schlendrian im italienischen Staatsdienst abzustellen und dessen 3,5 Millionen Beschäftigte auf Trab zu bringen, halten viele für eine Revolution. Und das nicht, weil Brunetta mit Mao Tse-tung spricht, wenn er ankündigt, man werde „einen strafen, um hundert zu erziehen“.

Es ist verblüffend, wie souverän Brunetta seinem Ziel entgegenstrebt. Die murrenden Italiener resignierten längst vor der Unantastbarkeit ihres aufgeblähten Staatsapparats. Oft genug hatte man erlebt, dass Projekte zu seiner Reform „mit Totenköpfen versehen sind“, klagt das römische Blatt *Il Riformista*. Brunetta aber sprüht vor Energie und Ideen. „Ich bin verrückt? Wahrscheinlich“, witzelt er bei der Anhörung vor einem Ausschuss des römischen Parlaments. Er erinnert an Napoleon? „Mag sein, ich bin sogar noch kleiner, aber vom Fach“, sagt der Arbeitsrechtsprofessor fidel.

„Bürger sind unsere Aktionäre“

Es kommt jetzt auf ihn an. Wird Italien endlich zu einem europäischen Land? Kann Brunetta mit der Modernisierung des Staatsdienstes den Bann der Unreformierbarkeit Italiens brechen? Von ihm hängt wesentlich ab, ob Berlusconi seinem Anspruch, zukunftsstabile Veränderungen im Land voranzutreiben, wenigstens beim vierten Anlauf gerecht werden kann.

Kaum im Amt, verordnete Brunetta erst einmal dem eigenen Ministerium Transparenz. Auf der Webseite seines Hauses können die Italiener nun die Gehälter und die Fehltageliste der 1100 Ministerialbediensteten einsehen. In einem zweiten Schritt will Brunetta auch Zielvorgaben und Evaluierungsergebnisse ins Internet stellen. „Die Bürger sind die Aktionäre des Staates, der sich wie ein börsennotiertes Unternehmen zu verhalten hat“, begründete er den Vorstoß.

Das war der Prolog. Sodann rückte Brunetta einen sechs Artikel umfassenden Gesetzentwurf „Zur Optimierung der Produktivität im Staatsdienst“ heraus. Für Furore sorgte der Minister mit der Ankündigung, dass er Italiens Staatsdiener kündbar machen will. Selbst notorische Drückeberger, die den Arbeits-



„Ich bin verrückt? Wahrscheinlich“, sagt Brunetta. Er glaubt, dass Staatsdiener 20 Prozent mehr leisten könnten. Laif

platz nur zum Stempeln an der Zeithuhr aufsuchen, müssen in Italien bislang keine Disziplinarmaßnahmen fürchten. Künftig soll es leistungsbezogene Vergütung und Beförderungen geben.

Berlusconi Berater hat sich vorgenommen, die Denkweise der öffentlichen Ver-

Das Joch Bürokratie

„Italiens Krankheit ist der Staat“, schimpft Alberto Mingardi, Direktor des Instituts Bruno Leoni. Unternehmen klagen, dass die Bürokratie sie im Jahr 14 Milliarden Euro kostet. Um eine Firma aufzumachen, sind bis zu 80 Bescheinigungen einzuholen. Überzogener Formalismus veranlasst den Apparat, die bürokratische Prozedur wichtiger zu nehmen als den Zweck der Vorschrift. Und es gibt große Unterschiede: In der Region Molise kommen 69 Staatsdiener auf 1000 Einwohner, in der Lombardei 44. ike

waltung umzustößeln. Dazu will er sich die Chefs vorknöpfen. „Der Fisch stinkt vom Kopf her“, sagt Brunetta. Aus Vorgesetzten will er nun Manager machen, die dafür bürgen, dass sie Zielvorgaben erreichen und die Bürger zufriedener sind.

Mehr als einer Reform käme das in der Tat einem Umsturz gleich. Anreize und Sanktionen sind im öffentlichen Dienst tabu. Mit seiner Initiative glaubt Brunetta, die Produktivität von Bürokraten, Müllwerkern, Lehrern und Krankenpflegern um 20 Prozent steigern zu können. Spätestens 2012 werde der Staat so jährlich 40 Milliarden Euro einsparen, verspricht er.

Kaum fassbar ist, wie beliebt sich der reizbare Mann mit seinem Angriffsplan auf die Faulenzer-Bastionen machte. In der Popularitätsskala der Regierungspolitiker rückt Brunetta mit 61 Prozent auf Platz zwei vor. Er legte in einem Monat 16 Punkte zu und ließ sogar Berlusconi hinter sich. Ein stolzes Resultat für einen, der bisher oft als Giftzweig schlecht ankam. Also versucht Brunetta, das Ei-

sen zu schmieden, solange es heiß ist. Eine Ankündigung jagt die nächste: Wer beim Krankfeiern erwischt wird, fliegt. Ärzte, die falsche Atteste ausstellen, werden aus dem staatlichen Gesundheitsdienst entfernt. Wer sich gegen eine Veretzung sträubt, fliegt.

Der vor 58 Jahren in Venedig als Sohn eines ambulanten Prothesenverkäufers geborene heutige Wirtschaftsprofessor arbeitet seit langem an seiner politischen Karriere. Er gehörte als ehemaliger Sozialist schon zu den Beratern von Bettino Craxi. Der Erfolg kam mit Berlusconi. 1999 wurde er Europaabgeordneter für Forza Italia und sicherte sich die Wertschätzung der Partei. In der Widerstand seines internen Gegners, des Finanzministers Giulio Tremonti, stieg er 2004 zum wirtschaftlichen Berater von Berlusconi auf. Nun wird alles besser, glaubt er: „Das Klima im Land hat sich gewandelt“, sagt Brunetta. Er gibt sich ein Jahr Zeit. Sind dann keine Ergebnisse sichtbar, will er zurücktreten. Das sei „die Sanktion des Marktes“, sagt er.

Teure Computer

Die Siemens-Schmiergeldaffäre kostet in Griechenland einen engen Vertrauten von Außenministerin Dora Bakoyanni den Job

Als Außenministerin Griechenlands Amuss sich Dora Bakoyanni um die großen politischen Themen kümmern. Um das geteilte Zypern, wo sie „Europas letzte Mauer“ beseitigen will, um das schwierige Verhältnis zum Nachbarn Mazedonien oder um die Lage im Kosovo. Für Kleinkram bleibt da keine Zeit, aber den hat sie nun auch noch am Hals. Computer und Telefontausrüstungen im Wert von gut 7000 Euro, die Siemens für ihr Wahlbüro in Athen geliefert habe, sollen nach Angaben der griechischen Zeitung *Kathimerini* ein Jahr lang unbezahlt geblieben sein.

7000 Euro, das ist kein großer Betrag, aber groß genug, um der Außenministerin als erstem Regierungsmitglied eines EU-Staates einigen Ärger im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre bei Siemens zu bereiten. Der Leiter ihres Wahlbüros, ein Funktionär der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia (ND), ist zurückgetreten. Der Bürochef, ein enger Vertrauter von Bakoyanni, soll die Verantwortung dafür übernommen haben, dass die Computer und Telefone so spät bezahlt worden seien. Bakoyanni

mag sich zu dem Vorgang nicht äußern. Ihr Büro erklärte auf Anfrage der *Süddeutschen Zeitung*, mit der Siemens-Affäre habe das nichts zu tun. Für die gelieferten Anlagen habe man Quittungen; und in Schmiergeldfällen gebe es selten solche Papiere.

Bakoyanni stammt aus einer bekannten Politikerfamilie. Ihr Vater Konstantinos Mitsotakis war früherer Regierungschef, ihr Bruder Kyriakos Mitsotakis ist Parlamentsabgeordneter der ND. Auch der Bruder hat viele Anlagen von Siemens geliefert bekommen und nachträglich bezahlt, in seinem Fall ging es um 137 000 Euro. Die letzte Rate in Höhe von 43 850 Euro beglich der Abgeordnete vergangene Woche; da sollen auch die 7000 Euro für die Geräte in Bakoyannis Büro an Siemens geflossen sein. Das war wenige Tage, nachdem die Athener Staatsanwaltschaft die Landesgesellschaft von Siemens aufgesucht hatte. Die Ermittler forschten nach Unterlagen, in denen „Geschenke von Hausgeräten“ und von Telefonanlagen ebenso verzeichnet sein sollen wie „Zuwendungen an politische Parteien“. So hatte es die Chefsekretärin



Griechenlands Außenministerin Dora Bakoyanni. Foto: AFP

von Siemens Hellas zuvor ausgesagt. Sie war von den Strafverfolgern nach Beziehungen von Siemens zu Top-Leuten aus Regierung und Parteien und nach merkwürdigen finanziellen Vorgängen gefragt worden. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaften in München und Athen hat sich Siemens vor gut zehn Jahren mit hohen Schmiergeldzahlungen einen Großauftrag der Telefongesellschaft OTE gesichert, die damals noch von griechischen Staat gesteuert wurde.

Dora Bakoyanni hatte schon als Oberbürgermeisterin von Athen mit dem deutschen Technologie-Konzern zu tun. In einem Interview mit einer Siemens-Zeitschrift sagte sie 2004 vor den Olympischen Spielen in Griechenland, Athen habe bei der Telekommunikation enorme Fortschritte gemacht. Das sei „zu einem großen Teil Siemens zu verdanken“. Inzwischen hat die Tonlage gewechselt. Im Frühjahr sagte Bakoyanni, sie wünsche „so schnell wie möglich volle Klarheit in dieser Affäre, denn es ist für uns sehr schwer, wenn eine Atmosphäre gibt, in der alle Politiker in Frage gestellt werden.“ Klaus Ott/Christiane Schlötzer

Im Blickpunkt

Im Westen ist's sicherer

Der Russe Suleiman Kerimow will in die Deutsche Bank investieren

Eine der wenigen Informationen über den russischen Geschäftsmann Suleiman Kerimow dreht sich um einen Ferrari Enzo, eine berühmte russische Fernsehmoderatorin und einen Baum in Nizza. Im November 2006 lenkte Kerimow seinen Ferrari in Nizza vor besagten Baum, wurde mehr tot als lebendig ins Krankenhaus eingeliefert, während Tina Kandelaki, die Moderatorin, schwor, sie habe krank im Bett gelegen und nicht, wie es in den Medien hieß, neben ihm gesessen.

Darüber hinaus weiß man, dass Suleiman Kerimow aus der wunderschönen, aber bettelarmen Kaukasusrepublik Dagestan stammt, es dort in den Neunzigern vom Ökonomen der Transistorfabrik „Eltaw“ zum Gehilfen des Generaldirektors brachte. Später wurde er Mitglied der rechtspopulistischen LDPR Wladimir Schirinowskis, wechselte in die Kreml-Partei Einiges Russland und sitzt nun als Senator im Föderationsrat.

Wie er zu seinem Vermögen kam, weiß man nicht. Laut *Forbes* aber besitzt er heute 17,5 Milliarden Dollar. Mit diesem Geld, so schreibt am Mittwoch die russische Zeitung *Kommersant*, will er ein riesiges Aktienpaket der Deutschen Bank kaufen, bis zu neun Prozent nämlich. Ende vergangenen Jahres habe er schon drei Prozent Deutsche-Bank-Aktien gekauft, die heute 1,56 Milliarden Dollar wert sind. Außerdem erwarb er je ein Prozent Aktien bei UBS, Morgan Stanley und Credit Suisse und plane, sich mit anderen russischen Investoren in weitere westliche Banken einzukaufen.

Die Deutsche Bank erklärte am Mittwoch, sie wisse nur von zwei Anteilseig-



Suleiman Kerimow Foto: Ria

nern, die mehr als drei Prozent Anteile hielten, Kerimow sei nicht darunter. Jeden Anteilseigner, der über drei Prozent besitzt, muss ein Unternehmen melden. Das ist noch nicht geschehen.

Im Januar und Februar, so *Kommersant*, habe Kerimow bereits große Aktienpakete seiner russischen Firmen verkauft. Er war bislang mit 4,5 Prozent Anteilen an der Sberbank und mit 4,5 Prozent an Gazprom ein Großaktionär russischer Staatsbetriebe; er besaß Gold- und Silberminen und Anteile des Luxus-Wohnprojektes Rubljowka-Archangelskoje. Nun hat er offenbar große Anteile in russischen Immobilien-, Telekom- und Metallverarbeitungsbetrieben aufgegeben, hält nur noch einen kleinen Teil von Sberbank-Aktien und drängt auf den westlichen Finanzmarkt, der nach der Krise der vergangenen Monate frisches Geld bitter nötig hat. Nach der Meldung aus Moskau stiegen die Kurse der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Postbank kurz.

Russlands Unternehmer drängen nach Westen, sind dort aber nicht immer willkommen. Russlands Führung pocht deshalb auf Gegenseitigkeit: Wenn ausländische Geschäftsleute in Russlands Öl- und Gasbranche investieren wollen, müsse der Westen sich für russische Investoren öffnen – für Männer wie Kerimow. Der sei ohnehin kaum noch in Moskau, schreibt *Kommersant*, und wenn, sei er stets von einer Heerschar von Sicherheitskräften umgeben: „Investitionen in ausländische Aktien sind sicherer. Das Ersparte ist weniger Risiken ausgesetzt – auch politischen.“ Sonja Zekri

Ticket zum Traumjob

Julika Groß hat als erste Ausländerin die Aufnahmeprüfung an der französischen Eliteschule Ena bestanden

Von Michael Klägen

Paris – Julika Groß erinnert sich, wie die Freunde sie neugierig fragten: „Und, was bist du jetzt?“, „Beamter?“, sagt die Berlinerin und ahmt nach, wie ihrem Gegenüber daraufhin das Kinn herunterklappt. Die ganze Plackerei, das Büffeln an Weihnachten und Neujahr, nur um Be-

GENERATION-D

Generation-D ist ein bundesweiter Ideenwettbewerb für Studenten. Ausgezeichnet werden die besten Projekte studentischer Teams zu den Themen Wirtschaft & Arbeit, Klima & Umwelt sowie Gesellschaft. Von diesem Donnerstag an kann man sich unter www.gemeinsam-anpacken.de bewerben; Einsendeschluss ist der 15. Juli. In einer begleitenden Artikelserie zeigt die *Süddeutsche Zeitung*, was heute schon an Hochschulen im In- und Ausland läuft.

amter zu werden? Tatsächlich würde „hoher Beamter“ die Sache eher treffen und trotzdem nicht genau beschreiben, was es (aus französischer Sicht) bedeutet, auf der Ena aufgenommen zu werden, der *Ecole nationale d'administration*.

Fast die gesamte Elite des Landes – und in Frankreich ist das kein Schimpfwort – rekrutiert sich von dort. Die Ena produziert Staatspräsidenten (Giscard d'Estaing, Chirac), Premierminister (Jospin, Balladur, Juppé, Fabius), Unternehmenslenker (Gallois, Spinetta, de Castries, Mestrallet), Leiter internationaler Organisationen (Trichet, Camdessus, Lamy) und bekannte Intellektuelle (Attali, Minc).

Von jedem Jahrgang hängt ein Gruppenfoto in der Eingangshalle der Schule, die 1995 im Zuge der Dezentralisierung von Paris nach Straßburg zog. Julika Groß ist mit 24 eine der jüngsten ihres Jahrgangs – und obwohl Ausländerin die Tür schon seit fünf Jahren offen steht, ist sie die erste Ausländerin, die den „Concours“ bestanden hat, die Aufnahmeprüfung für Franzosen. Nicht jeder fände das erstrebenswert, denn man verpflichtet sich dazu, die nächsten zehn Jahre für den französischen Staat zu arbeiten. Wenn Groß vorher in die Privatwirtschaft wechseln oder nach Deutschland zurückkehren will, müsste sie sich „freikaufen“. Aber daran denkt sie derzeit nicht. „Ich liebe dieses Land“, sagt sie.

Als sie klein war, nahmen ihre Eltern, beide Grundschullehrer, sie und ihren Bruder oft mit in den Campingurlaub in der Bretagne. Sie begeisterte sich für die

Sprache, wechselte auf ein französisch orientiertes Gymnasium und ging ein Jahr nach Montpellier. „Mit 16 wusste ich, dass ich in Frankreich leben möchte“, sagt sie. An Deutschland kritisiert sie das Schulsystem und die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie; sie favorisiert die Ganztagschule und klagt über

die deutschen Unis: „Da reiße ich mir die Haare aus, wenn mein Bruder, Student an der Berliner FU, mir erzählt, dass ausgelost wird, wer an überfüllten Kursen teilnehmen darf.“ Den Bruder fixte Frankreich übrigens nie sonderlich an. Sie hingegen ging nach dem Jahr in Montpellier auf das französische Gymna-



Julika Groß hat es geschafft – nicht nur die unmenschlich harten Aufnahmeprüfungen, sondern auch, Karriere zu machen. Denn wer auf die Eliteschule Ena geht, kann sich später seinen Job quasi aussuchen. Die Schule macht Präsidenten, Premierminister und Wirtschaftsführer. Foto: kläs

sium in Berlin und machte dort das beste Baccalauréat. Sie spezialisierte sich auf den Schwerpunkt Wirtschaft und Soziologie; auf der Ena gehört Wirtschaft zu ihren größten Interessen, „auch wenn Philosophie meine Leidenschaft bleibt“.

Nach der Ena will sie im Pariser Wirtschaftsministerium arbeiten.

Vom französischen Staat erhielt sie nach dem Bac ein Stipendium für das Studium am Institut d'études politiques in Paris. Im dritten Jahr ging sie, wie es Pflicht ist, ins Ausland, nach Madrid. Danach bereitete sie sich auf die Ena-Prüfung vor. Beim ersten Mal scheiterte sie an der 45-minütigen mündlichen Prüfung, bei der man von einer fünfköpfigen Jury vor Publikum nach allem und nichts gefragt werden kann. Beim zweiten Mal klappte es, nach fünf fünfstündigen schriftlichen Prüfungen an fünf aufeinanderfolgenden Tagen. Geprüft wird bei den „Externen“, also Studenten wie ihr, öffentliches Recht, Wirtschaft, Allgemeinbildung. Man muss aus einem Wust von Aktenvermerken eine Ministervorlage schreiben und hat noch ein Wahlfach.

Groß findet das „Concours“-System gut: Es sei transparent, belohne messbare Leistung und verhindere das Entstehen von Seilschaften. Umfragen ergaben allerdings, dass Ena-Leute vorzugsweise

ihresgleichen einstellen, weshalb ihnen vorgeworfen wird, eine sich begünstigende Kaste zu bilden, die die Modernisierung des Staates bremse. Außerdem seien sie Generalisten, die dort leitende Positionen besetzten, wo Spezialisten besser aufgehoben seien.

Auch wegen dieser Kritik hat die Ena ihr Ausbildungsprogramm neu ausgerichtet. Ein „großer Schritt“ für die Schule war, sagt Groß, dass das Fach Management Einzugs in den Lehrplan gehalten habe und die Studenten ein Praktikum in einer Firma machen müssen. Generell wechseln sich während der 27-monatigen Ausbildung Theorie und Praxis ab. Groß kehrte gerade von einem viermonatigen Praktikum beim EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia aus Brüssel zurück. Im Schnitt müssen die jungen Beamten in der Ausbildung, während der sie monatlich 1400 Euro erhalten, alle vier Monate umziehen. Das macht die ständige Anwesenheit von Professoren überflüssig. Der einzige Dozent, der immer in Straßburg anwesend ist, ist der Sportlehrer. Auch Sport (Reiten, Golf, Modern Dance) geht wie jeder einzelne Ausbildungsschritt in die Benotung ein, zählt allerdings mit Abstand am wenigsten. So entsteht ein Ranking unter den knapp 80 Teilnehmern. Der Beste darf sich am Ende seinen Traumjob aussuchen.

Alle haben eine Jobgarantie. Um an manche Posten zu kommen (nicht nur den des Präsidenten), muss Julika Groß aber erst noch die französische Staatsangehörigkeit annehmen.